

Wahlruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der "Wahlruf" erscheint: vierzehnzig, Reaktion und Verwaltung: Grau. Untergasse 3. — Wiener Redaktion: Hans Thoma. 2. Bez. Novotagostraße 24. Sprechzähne: Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr abends, Göttweigstr. 9. Bez. Währinger Gürtel Nr. 12. — Eingesandte Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Jänner 1930

Nr. 15

2. Jahrg.

Besitzpreis: Im Monatsabonnement mit Poststellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Jahresverlauf mit 15 Groschen. Das Vierjahrsabonnement mit Poststellung beträgt S. — 50. Vierteljährliche Bezuggebühr für Deutschland A. — 30. Die Bezugssätze sind im vorherigen zu entrichten. — Postspartenkontrolle Nr. 68671.

Eine Aufgabe an die Sovjetregierung und das Z. R. der russischen Partei.

Hat Stalin den Kommunisten Blijumkin erschossen lassen?

Die „Weltliche Zeitung“ vom 28. Dezember brachte folgendes Telegramm ihres Mostauer Berichtersatzers:

„Auf Veranlassung der Mörder des Grafen Mirbach verschafft werden.

Blijumkin wurde der geheimen Beziehungen mit Trotsky überwiesen.

Nach der Urteilsfassung der SSU. wurde Blijumkin freigesetzt.“

Wie heute hat sich die Sovjetregierung zu dieser unangehörtlichen Meldung nicht gehinkt, obwohl sie durch die ganze deutsche Presse ging.

Blijumkin verläßt seinerzeit als linker S.Z.-Appellierer das Attentat auf den deutschen Botschafter, den Grafen Mirbach. Bald darauf trat er der kommunistischen Partei bei und kämpfte heldhaft im Bürgerkrieg. Er arbeitete im Kriegsmaterialamt mit Trotsky zusammen. Obwohl er nie verrückt gewesen ist, daß er die Anführerin der russischen Revolution teilte, bestreit er bis zu dem einen Bekennung einen herabtragenden Sozialismus bei der KP.

Ist der Revolutionär, der Kommunist Blijumkin erschossen worden?

Wagt es der stalinistische Apparat, eine neue Gruppe im Kampf gegen die leninistische Opposition einzusetzen, die Gruppe des blutigen Terrors?

Revolutionäre Arbeit, fordert Antwort!

Zuließt nicht, daß die Bürokratie die Verbrechen, die sie begangen, durch Schweigen verschüttet.

Wenn vielleicht Blijumkin, der durch sein Leben seine Klinge für die Revolution bewiesen hat, der Furcht des Apparates vor dem Wiedererstehen der leninistischen Opposition zum Opfer geworden ist, so hat Stalin dies vor der revolutionären Arbeiterschaft der Welt zu verantworten.

Die innere Abrüstung und der Schutzbund.

Jetzt mehr als ein Viertel, nicht mehr viel weniger als die Hälfte der österreichischen Arbeiter sind arbeitslos: tausende Kleiner, nur scheinbar „selbständiger“ Betriebe von dem Ausfall. Zehntausende, die ihre acht, in zehn und zwölf Stunden am Tage schufteten knapp mehr als die Arbeitseinkommensdurchschnitt. Weitlos mehr als die täglichen Unfälle, die Folgen der Antriebserfolg.

Aber was ist heute absehbar, ist nur Zukunft zu noch ärgerem Wohnbrust, noch brutalerer „Nationalisierung“, noch „radikalester“ Auverzung der „überflüssigen“ Arbeitskräfte.

Es ist kein Zweit mehr möglich: Die Ausbeuterstaat geworden in den zwölf Jahren sozialdemokratischer Zurschaustellung der Sozialdemokratie, haben der österreichischen Arbeiterschaft den verächtlichsten Krieg erklärt.

Gedröhrt durch das Schiß der Verhältnisse höhen sie vor. Hassarbeiterschaft und Hassfeind haften glänzend Aoden für den Angriff. Gehwehr steht, zu Streitbrecherbündnis und Streitbrecherbund in Gemeinschaft mit der „legalem“ bewaffneten Macht bereit.

Die Sozialdemokratie aber räumen, rede, schreibt von der „inneren Abrüstung“.

Kenner läßt jeden bürgerlichen Zeitungschmuck wissen, daß er den Schutzbund eigentlich für eine ungemein eindrücklich hält und beteuert, daß die Arbeiterschaft, die sich niemals ihrer Pflicht gegenüber der Republik empfinden wird, ihre Pflicht weiter erfüllen wird, indem sie den Volke bei den nächsten Wahlen die Freiheit der Abrüstung vorstellen wird.

Und aus dem leichten sozialdemokratischen Parteitext exterritiert der „kleine Otto Bauer“ klar:

„Wir können natürlich die Auflösung der faschistischen Wehrformationen nicht durchsetzen, ohne daß gleichzeitig der Republikanische Schutzbund aufgelöst würde.“

Der Staatshaushalt im Jahre 1930 und die Arbeiterschaft.

Die Haupteinnahmen des Staates im Jahre 1930 werden sein:

851,796.500.— S. an Steuern, Zölle usw.
201,664.500.— S. aus dem Tabakmonopol (Reingewinn)
14,542.000.— S. aus dem Salzmonopol (Reingewinn)
12,275.000.— S. aus den Staatslotterien (Reingewinn)
1,233.700.— S. aus den Bundesbetrieben (Reingewinn)

1,081,401.700.— S.

Arbeiter, in den Betrieb auf!

Von diesen 1000 Millionen Schilling hat die große Masse der Werktätigen mehr als 900 Millionen Schilling aufzubringen, und zwar:

an Verbrauchssteuern (Bier, Wein, Zucker, Kindheitssteuer usw.)	103,220.000.— S.
an Zöllen (für Fleisch, Getreide, Zucker usw.)	278,000.000.— "
an Barenunterschichten	252,000.000.— "
an Einsparungssteuer	10,300.000.— "
aus dem Tabakmonopol	201,554.500.— "
aus dem Salzmonopol	14,542.000.— "

insgesamt also 569,166.500.— S.

Tage kommen noch die Lohnabzug-Einkommensteuer, verschiedene Gebühren usw., so daß man mit Aug und Recht sagen kann, daß die Massen der Werktätigen fast nicht alle 90 Prozent der Staateinnahmen aufkommen müßt.

Wie der Staat mit diesen Proletariergeldern wirtschaftet, soll eine kurze Bilanzleiste zeigen.

Das Vieh ist mehr wert als der Mensch.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose wird der Staat im Jahre 1930 fasse und schreibe ganze 200.000.— S. verwenden.

Zur Mündung von Tierleichen aber 675.600.— S.

Dentisturz ist wichtiger als Proletariersterben. 380.000.— S. wird der Staat zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit, 475.900.— S. leistet er für die Rentenpflege.

Proletarier Pferde.

12,000.000.— S. sollen zur Fürsorge für rund 100.000 Rentner dienen.

15,742.000.— S. wird der Religionsfonds zur Unterhaltung einiger tausend Patres erhalten.

Kriegsbeschädigte und Invaliden.

65,000.000.— S. erhalten die Kriegsbeschädigten,

100,000.000.— S. werden für das Bundesheer aus-

gegeben.

Man muß über diese Sache richtig nachdenken: die

100,000.000.— Schilling sind Arbeitergelder, die für einen künftigen Krieg verwendet werden (oder für die Ausbildung der inneren Ordnung), in dem ein Proletarier den anderen zum Knüppel machen soll.

Diese verkrüppelten Proletarier werden wieder aus Steuern, die aus den Arbeitern geworfen werden, kostspielig erhalten.

Arbeitslose und Polizei.

Für die gesamte Sozialversicherung (Arbeitslosenunterstützung, Altersfürsorge usw.) wird der Staat, aber nur vorläufigweise

23,200.000.— S.

„Italienischer Punkt“ oder „Festigung der Meinung, daß die Auflösung des Schutzbundes die Bourgeoisie bewegen kann, die Arbeiter zu kämpfen“. Dieser Dreh sche ist bequem gemacht ist.

Ober glauben die Kenner und Bauer etwa, daß in dem Augenblick, in dem die Bourgeoisie „wird folgen“, der Schutzbund wieder aus dem Boden gestampft werden könnte?

Nein, derlei Märchen wagt selbst Otto Bauer nicht aufzufließen.

Aber, so wird man vielleicht einwenden, ja um die Auflösung? Ist denn etwa der Schutzbund derselbe Schutzbund, der am 15. Juli die Polizei vor der Arbeiterschaft

schükte, der am 7. Oktober den Aufmarsch der Heimwehr sicherte, eine proletarische Kampforganisation?

Nein, das ist er gewiß nicht.

Er ist vielmehr, wie jede Organisation, die von Reformisten geschaffen wird, keine eine Organisation, nicht zum Schutz der Arbeiterschaft, sondern zum Schutz des bürgerlichen Staates.

Warum aber betreiben dann heute die Rechner und Gelehrten so eifrig die Auslösung dieser überflüssigen Verbündungstruppe?

Abgesehen von ihrem Bestreben, dem Bourgerum entgegenzutunnen, sich die „Koalitionswürdigkeit“ zu erfechten“, vor allem deshalb, weil ihnen der Schuhbund unbedeckt zu werden droht.

Man bedenke doch, was vorging: Wie hat man sich nach dem 15. Juli demütigt, den Schuhbund zu lieben, jedem, der revolutionärer Gedankung verfällt, den Gerechtigkeit zu vernehmen, rafftlos „Söldnertriebe“ ausgeschlichen.

Als indes das immer festere, immer bedrohllicheres Aufstreben der Heimwehr die Arbeiterschaft in wachsende Gregierung versetzte, da sah man sich höheren Tress genötigt, die Taktik zu wechseln: Um der Empörung einen Ventil zu öffnen, durch das sie gefahlos — für den bürgerlichen Staat — durchputzen konnte, um die „ungebärdige“ Massen mitdrücklich zu diezplastieren, in Baum, in der Hand zu behalten, hoffte man die Tore des Schuhbundes weit, gab bald nach dem Blutsonntag in St. Lorenzen die Lösung aus: „Alles hinein in den Schuhbund“. Doch die Söldner, die man rief, man wird sie nicht wieder los.

Die Sätzung, die Ansätze einer Opposition, die sie heute im Schuhbund zeigen, sind Grund genug für die Rechner und Gelehrten, für die Aufrechterhaltung dieser Organisation wenig Rüfung übrig zu behalten.

Im Schuhbund sind laufende tapferer geschulte Arbeiter. Sie haben in St. Lorenzen an vielen anderer Opfern bewiesen, daß sie kämpfen wollen und können. Genauso, wie sie haben nicht über Richtung und Ziel der Organisation zu bestimmen, sind selber noch vielfach besangen in Steinbürgerlich-pazifistischen Vorstellungen, gelähmt durch den Glauben an die bürgerliche Demokratie.

Vefreien Sie sich davon, verteidigen Sie es, durch ziel klare, organisierte Opposition Einfluß zu gewinnen, dann wird der Schuhbund aufstehen, ein „Schuhbund“ der bürgerlichen Republik zu sein, dann wird die Sunde schlagen für einen wirklich wehrhaften Schuhbund der Arbeiterschaft.

Die unmittelbare Rüfung dieser Opposition ist, gegen alle Bestrebungen zur Auslösung des bestehenden Schuhbundes auf das entscheidende anzutreten.

Die gesamte Arbeiterschaft aber muß diese Opposition unterstützen, muß sich klar werden, daß nicht die Abschaltung, sondern nur die Macht-Kontrolle unserer Republik stehen kann gegen den Angriff der Bourgeoisie, die ihr den Krieg erklärt hat und den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln führen und führen wird.

Der Blutsonntag in St. Lorenzen.

Wie unberührter Zustand.

Bewaffnete Banden überfallen friedliche Leute. Die legen sich nur ungern zur Wehr, kämpfen verzweifelt. Die, welche sich verteidigen, werden vor Gericht gestellt. Die, welche probotierten, treten als Zeugen, als Kläger auf. Dies der Sinn des unberührten Zustandlandes, der sich in diesen Tagen in Graz abgespielt hat.

Worauf hantierte die "Anklage" an? Der sozialdemokratische Sekretär Doetsch soll geschossen haben. Dass die Heimwehre die Angreifer waren, daß sie ein Mörterngewehr aufgestellt, daß Herr Maurer Gewehre, der Kaufmann Weiß Munition an die Angreifer vertrieb, alle diese Feststellungen und noch vieles andere nahm die Redner Zustift, die die Vorurteilsbildung leitete, nicht zur Kenntnis. Rechtsvorsitzender Roscher, der wichtigste Zeuge, der Auktionskunst hätte geben können wie der Heimwehr sich abspielte, erkannte noch rechtzeitig vor dem Prozeß!

So sehr das Gewebe gespannt war, jahnen die ersten vier Tage der Prozeßverhandlung offenbarstens seine tödliche Häbchenheit. Das bürgerliche Gericht tat sich gezwungen, dem Antrag des sozialdemokratischen Verteidigers Dr. Eislers stattzugeben und die ganze Angelegenheit an den Untersuchungsrichter zurückzubewegen. Der Prozeß wurde vertagt.

Der „Arbeiterwill“ schöpfte daraus die Hoffnung, daß der Prozeß nunmehr so ausgesetzt werde, wie die klassenbewußte Arbeiterschaft es wünscht.

Er schreibt (15. Januar): „Hier (in Graz), wo der Prozeß in Obhutigkeit geschrift wurde, sag man angeblich der schamlosen Lügen vieler Heimwehr-Zeugen... unter den treulichen Beweisen Dr. Eislers wohl ein, daß die Weiterführung des Prozesses nur eine schändliche Komödie werden mögte... Wenn er wieder eröffnet wird, dann kann er nur gegen die einzige Schuldigen an diesem schändlichen Sonntagsvergnügen, daß sich der Heimwehr in Roßendorf selbst sei, und unter ihnen muß Roscher sitzen.“

Wir werden, wenn der Prozeß abgeschlossen wurde, über die Objektivität, mit der er geführt wurde, unsere Ansichten sagen. Und ohne den Optimismus des „Arbeiterwillens“ zu teilen, sagen wir, wie der Prozeß auch ausgehen mag, die Frage, wer in St. Lorenzen der „Schuldige“ war, kann nicht in der Gerichtsstätte entschieden werden.

Wir werden in der nächsten Nummer unserer Zeitung das Bild, das der Prozeß entrollt, vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfs gründlich beleuchten.

Zollpolitisch und Einfuhrstörb.

Die sozialdemokratische Haushaltssenat denkt nach.

In Österreich werden jährlich 200 Millionen Kilo Zucker verbraucht. Rund 118 Millionen Kilo werden in Österreich erzeugt, nur 82 Millionen Kilo dürfen aus dem Ausland hereingebracht werden.

Wird der Zuder um 51 Groschen aus dem Ausland heringebracht, so erspart die Masse der Bevölkerung dem Preisunterschied auf einem Schilling, das sind 200 Millionen mal 49 Groschen, das sind 98 Millionen Schilling. Das sind die Zubehörarbeiter und die Zuderarbeiter betroffen. Angesichts um diese Arbeitslosigkeit zu verhindern, die von den Herren Unternehmern im übrigen wider durch die „Nationalisierung“ gefordert wird, muß die große Masse 98 Millionen Schilling mehr bezahlen. Von dieser Summe nimmt aber der Staat 59 Prozent, und zwar 49 Groschen Zoll und Steuer von jedem Kilo auslandszucker, also insgesamt 40,180.000.—.

32 Groschen Steuer von jedem Kilo Inlandszucker,	37,760.000.—
zusammen	77,940.000.—
Davon gibt er	20,060.000.—

an die Zuckerfabrikanten und Großgrundbesitzer zum Zweck der Errichtung des heimischen Zuderzübereibaus,

je das ihm

57,990.000.—. Das sind 69 Prozent von 98 Millionen Schilling verdient. Au dem Rest von 41 Prozent verdient noch der österreichische Unternehmer ganz gehörig. Das geschieht über nur aus Liebe zum Arbeiter, den sie nicht drocken machen wollen!

Und die sozialdemokratische Haushaltssenat kommt zu dem Schluss:

Es ist ein eindruck Schwundel, wenn behauptet wird, daß durch die Zölle den Arbeitern geholfen werde. Denn was dem einen schenkt — gegeben wird, wird dem anderen genommen.

Haben wir Zuderzölle, so hungern die Siedlungen nicht mehr als ohnedies. Aber auch die österreichischen Arbeiter haben nichts zu essen, denn sie können sich weniger lassen. Ein paar Zubehörarbeiter in Österreich haben vielleicht so lange etwas mehr Arbeit, als der Unternehmer Miete und Wage findet, durch irgend welche technische Verbesserungen Arbeitkräfte überflüssig zu machen und so den Profit zu teigern. Aber schließlich ist das Gesamtinteresse der österreichischen Arbeiter doch wichtiger als das Augenblicksinteresse der Zubehörarbeiter.

Was also tun? Es ist klar, sofort kann weder der Hunger der armen Siedlungen noch der "reichen" österreichischen Arbeiter gestillt werden, weder die Ausbeutung und Ausplünderung der einen noch der anderen verhindert werden. Erst wenn beide sich auf ihre Kraft und ihr gemeinsames Interesse befreuen, die einen ihre Plantagenbesitzer und die anderen ihre Webstätter — zum Teufel jagen, statt sich von beiden gegeneinander auszuspielen zu lassen, würde anders werden.

Dann ist aber ja weiß kommt, müssen beide sich heute schon ihre Haut wehren; die einen indem sie den Zuderzoll nicht dulden, die anderen, indem sie sich die Einkünfte nicht gefallen lassen.

Die Sozialdemokratische Partei hat allerdings eine andere "Wohng" als die Haushaltssenat in ihrem sozialdemokratischen Verstand.

Es geht der ausländische Unternehmer profitieren, aber Leben und leben lassen! — auch der österreichische Unternehmer und der österreichische Staat. Nur soll der Staat nicht 49 Groschen vom Auslandszucker einheben (34 Groschen per Kilo), sondern bloß 45 Groschen (31.50 Groschen per Kilo).

Deshalb stellen die Sozialdemokraten Schieg, Elbers und Emmy Freydiß im Nationalrat den Widerstand: Rüben- und Röhrenzucker soll pro Meterzente nur mit 31.50 Goldkronen verkauft und versteuert werden.

Im Interesse der österreichischen Arbeiterschaft: Selbstverständlich!!!

einige unverantwortliche Elemente bewahren die Heimwehr mit Siedlungen.

Und wie neu man diejenigen, die alles tun, um die Arbeiterschaft zu hinterbauen, sich ihrer Haut zu wehren? Verantwortungsbesuch?

Es ist noch nicht genug.

Friedrich Adler in der „Arbeiterzeitung“:

Die Friedliche Entwicklung in Österreich wird erst verbürgt sein, wenn der Fortschritt der Sozialdemokraten Rechnung getragen wird, daß alte Assoziationen von Selbstbehauptungsverbänden verboten, die selbst ausgelöscht und eine vollständige Abbrüfung stattfindet.

Politische Indifferenz ist politische Sattheit. Gleichgültig, indifferent verhält sich gegenüber dem Staat Gott nur der Satt.

Lenin.

Werden Monarchen!

Hast du schon den Mahrtus in deinem Haushalt? Wenn nicht, abonnieren das einzige revolutionäre Kampforgan. Unterstütze damit unser Kampf um die revolutionäre Einheit des Proletariats. Wir weisen den Weg von Matz und Lenin.

Bankrott der Koalitionsregierung in Deutschland.

Mit 9 Millionen Wählern, 160 Abgeordneten und mit einem langen Programm sozialer Reformen zog die Sozialdemokratie in die Koalitionsregierung ein. Neun Millionen Werktätige erhöhten Steuererleichterungen und entschiedenen Kampf gegen das Trustkapital.

Noch liebten die Wahlplakate gegen den Bau des Panzerkreuzers in den Straßen von Berlin, als die Koalitionsregierung beschloss, den Bau fortzuführen. Die Verspleißerung der Arbeitslosenversicherung war der zweite St. „Die Finanzlage des Reiches ist so ernst, daß die Haushaltsumwandlung von öffentlichen Mitteln (Arbeitslosenfürsorge, Arm., d. Red.) im bisherigen Ausmaß vollkommen unmöglich ist“ hieß es in der Mitteilung der Regierung, die gleichzeitig eine empfindliche Erhöhung von Massensteuern dem Reichstag vorlegte, während sie die Schließung der Vermögenssteuer unter dem Druck der Geldkönige fallen ließ.

„Der größte Standal in der deutschen Finanzzie-

schième“, schreibt Levi, der „linken“ Führer der sächsischen Sozialdemokraten, „war die Hilferdinge 500-Milliarden-Anleihe. Die Zeichner dieser Anleihe wurden für die eingezahlten Beträge von der Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Einkommensteuer und vom Steuerabzug vom Kapitalertrag bestellt. Kein bürgerlich! Finanzminister hätte jemals wagen können, den deutschen Kapitalisten offene Steueroberheit zu gewähren und gleichzeitig einem Teil der Arbeitslosen die Unterstützung zu rauben. Es blieb einem sozialdemokratischen Minister vorbehalten, die schambelte Wünsche des deutschen Trustkapital zu erfüllen.“

Um einer Unleid willen, ließerte Hilferding das deutsche Volk dem schwäbischen Bündelschloss aus, der nebst den Jünsen das Monopol für die Erzeugung und den Verkauf von Bündelzügen ins Reich erwarb. Die Folge davon war die Stilllegung ganzer Betriebe und die Vertreibung pro Schachtel um einen Pfennig.

Anfangs Dezember (1929) überraschte Hilferding

das deutsche Proletariat mit einem Sanierungspro-
gramm, das seinem Inhalt nach von jedem deut-
nationalen Minister vorgelegt werden konnte. Steuer-
ermäßigungen von eindreiviertzig Milliarden
Mark. Die bedeutendste Ermäßigung war
bei der Einkommensteuer vorgesehen. Von dem Gesamt-
ertrag der Einkommensteuer von vier Milliarden Mark
solgte das Reich auf eine Milliarde verzichten und vor
allem auch bei den großen Einkommen recht
ausgiebige Ermäßigungen zugestehen. Die
Realsteuern sollten ebenfalls stark ermäßigt werden: die
Gewerbesteuer um 20 und die Grundsteuer um 10 Prozent.
Da diese Kürzungsschicht an die Bourgeoisie weit
über die Erleichterungen hinausgehen, die der Young-
Plan gegenüber dem Dawes-Plan bringt, soll die Tabak-
und Zöllesteuer um 400 Millionen Mark erhöht werden.
Sind das nicht Finanzmärkte, die uns von den re-
aktionären und faschistischen Regierungen allen Kalibers
bedient sind? Die sozialdemokratische Finanzpolitik past
wördig zum Politizirkus Stevering-Hilferding.

Um das Loch im Staatsbudget, das nicht zuwege
durch die Steueraffabot der Bevölkerung entstanden ist,
zu verstopfen, bewarb sich Hilferding um eine Anleihe
beim amerikanischen Bankhaus Dillon, Read & Co. Da
gegen protestierte Schacht, der Präsident der Reichsbank,
der vom Bankhaus Morgan vorgeschieden wurde, das
nicht wollte, daß seine Konkurrenz, nämlich Dillon,
Read & Co. ihm das deutsche Geschäft wegnehme. Gleich-
zeitig wollte Schacht als Wortschäfer des deutschen
Großkapitals die Regierung auf die Brust zwingen, in
dem er durch Vermittlung der deutschen Großbanken
(hinter ihnen steht Morgan, A. & A.) eine Anleihe
nur unter der Bedingung zugesandt, daß die Regie-
rung über die bisherigen Steuerpläne hin-
aus durch „Ersparungen“ im Budget einer Tilgungs-
fond von im Betrage von 450 Millionen Mark schafft.
Das heißt nun 800 Millionen Massensteuern und Abbau
der sozialen Kosten.

Hilferding und Popitz (Staatssekretär) wurden wie
geprägte Hunde davongezeigt, da sie es wagten, sich
dem Bankhaus Morgan zu widersetzen. Und die Sozial-
demokratie läßt Hilferding fallen, nicht wegen seiner
reaktionären Staerpolitik, sondern aus denselben
Gründen wie Schacht. Der „Vorwärts“ schreibt: „Was
die Regierung und jetzt unter dem Druck Schachts und
der hinter ihm stehenden Finanzgruppen getan haben,
das hätten sie aus eigenem Antrieb tun sollen, und das müssen sie aus eigenem An-
trieb fortsetzen.“

Das heißt: um einen Konflikt mit dem Finanz-
kapital zu vermeiden, mußte der sozialen Willen, noch
da er so stark stand, durchführen. Bedingungsloser Ge-
botsaufruf vor Schacht, das ist die Lösung.

Aber hat das Schauspiel Schacht-Hilferding die
marxistische Erkenntnis bestätigt: Der bürgerliche Staat
ist, sei er von welcher Regierung auch immer regiert,
nur das Vollzugsorgan der kapitalistischen Klasse. Das
neue an den jüngsten Ereignissen liegt darin, daß die
bürgerlichen Einrichtungen als Herrschaftsorgane nicht
mehr ausreichten; das Kapital schob die demokratischen/
parlamentarischen Klassenfeinde, so zwangt den „gesell-
schaftlichen“ Körperschaften seine Besetzung mit Gewalt auf.
Werden die Arbeiter aus diesen Erfahrungen endlich ver-
gessen lernen, daß in der Demokratie die Millionen
des Geldabschlags entscheiden und nicht die Millionen Stim-
mzettel?

Was uns Arbeiter schreiben!

Im Namen der Nationalsozialisten. Bei de. Gross, mein Freier! ich kann mir kein Sanatorium leisten“ Insolvenz der Arbeitslosenunterstützungsanstaltsgesellschaft wurde dies, im Gewerkschaftsaum, angezeigt, die drei Beamte reagierten. „Na ja, kommt ja wieder.“ sagte einer anderen Tag bei der Bühne fröhlich. „Nun wie stehts.“ sagte einer denkt keine Zukunft“ oder die rohe Antwort, oder er soll den Arbeitern zugute kommen. Die Arbeitslosen lange immer solange warten. Dazu die Einstellung einer solchen Maschine ohne Beamenabnahmen könnte die Abzählung der Arbeitslosen beeindruckt werden. Sie gefielten denn, ob etwas zu Gunsten der Werkstätten, lange war zu geben, um regiert? Zu wurden und bei der Arbeitslosenunterstützungsanstaltsgesellschaft in Wiesbaden nach Antworten erwartet, d. e. d. Maschine darf Beamter abgebaut.

„In überigen geht es jetzt mehreren Wochen bei der Hitze so wie bei einem Saubermann, Arbeitslose müssen zwei, drei bis vier Stunden stehen, mit hungrigen Magen, bis sie amüsieren. In den Zeiten sind wir bis zu Arbeitsloie zusammengepresst, so daß man sich nicht rühren kann, sogar die Polizei werden ihnen tödlich nichts anfangen.“ Das ist logisch, natürlich, es fühlt höchstens nicht, nicht zu halten. Wo ist hier der Sanitätsreferent der Gemeinde Graz?

Wieder, schreibt Levi, der „linken“ Führer der sächsischen Sozialdemokraten, „war die Hilferdinge 500-Milliarden-Anleihe. Die Zeichner dieser Anleihe wurden für die eingezahlten Beträge von der Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Einkommensteuer und vom Steuerabzug vom Kapitalertrag bestellt. Kein bürgerlich! Finanzminister hätte jemals wagen können, den deutschen Kapitalisten offene Steueroberheit zu gewähren und gleichzeitig einem Teil der Arbeitslosen die Unterstützung zu rauben. Es blieb einem sozialdemokratischen Minister vorbehalten, die schambelte Wünsche des deutschen Trustkapital zu erfüllen.“

Um einer Unleid willen, ließerte Hilferding das deutsche Volk dem schwäbischen Bündelschloss aus, der nebst den Jünsen das Monopol für die Erzeugung und den Verkauf von Bündelzügen ins Reich erwarb. Die Folge davon war die Stilllegung ganzer Betriebe und die Vertreibung pro Schachtel um einen Pfennig.

Anfangs Dezember (1929) überraschte Hilferding

das deutsche Proletariat mit einem Sanierungspro-
gramm, das seinem Inhalt nach von jedem deut-
nationalen Minister vorgelegt werden konnte. Steuer-
ermäßigungen von eindreiviertzig Milliarden
Mark. Die bedeutendste Ermäßigung war
bei der Einkommensteuer vorgesehen. Von dem Gesamt-
ertrag der Einkommensteuer von vier Milliarden Mark
solgte das Reich auf eine Milliarde verzichten und vor
allem auch bei den großen Einkommen recht
ausgiebige Ermäßigungen zugestehen. Die
Realsteuern sollten ebenfalls stark ermäßigt werden: die
Gewerbesteuer um 20 und die Grundsteuer um 10 Prozent.
Da diese Kürzungsschicht an die Bourgeoisie weit
über die Erleichterungen hinausgehen, die der Young-
Plan gegenüber dem Dawes-Plan bringt, soll die Tabak-
und Zöllesteuer um 400 Millionen Mark erhöht werden.
Sind das nicht Finanzmärkte, die uns von den re-
aktionären und faschistischen Regierungen allen Kalibers
bedient sind? Die sozialdemokratische Finanzpolitik past
wördig zum Politizirkus Stevering-Hilferding.

In der medizinischen Abteilung, die unter der Leitung des Herrn Dr. A. steht, fällt man eine besondere Sym-
ptomatik Schwertkrankheit auf.

Unter vielen Beispielen einige: Ein an Erogenen- und Rip-
penfistelungserkrankungen erkrankter Arbeiter, der anstreichen mußte,

um keine Saalgegenstände, die an der betroffenen Krankheit ließen,

er, altschädel gesundeten, während sich sein Zustand immer mehr verschärfte, fragte in einer Begegnung mit Dr. A. „Wie steht es mit mir, wozum werden die anderen ge-
hören, und ich nicht?“ Der antwortete: „Wenn Ihnen nicht paßt, nicht Heimathäubler, sondern Laien.“ Der Arbeiter erklärte: „Ich bin ein

Arbeiter und nicht Laien.“ Da antwortete der Arbeiter, der seine Sichtweise äußerte, „Sie sind ein Heimathäubler, der nicht die zentrale Idee der revolutionären Entwicklung versteht, um immer wieder wegzugehen, um nicht zu kommen, von dem Platz, der Ihnen ein einfaches campagnesisches Karl Marx nicht mehr und mehr ausreicht.“ „Wie erklären Sie sich die im Umbruch eiternden kapitalistischen Weltwirtschaftskrisis, die in der Erfolglosigkeit der Sowjetunion ist und niemals auf dem Wege der Revolution aufzuklären scheint, im Zuge der heutigen Gewerkschaftsversammlungen?“

„Bei einer campagnesischen Karl Marx, die vergleichbar mit dem in Amerika lebenden Befreiungskampf gegen den Sklavenherrscher einiges ist, bringen dabei das Sklavenrecht, die Sklaverei, die Herrschaft der Sklaven, die Zerstörung der Sklaven, die Tötung der Sklaven, die Unterwerfung der Sklaven, die Sklaverei und eben durch den Tod Marx, ganz leicht, für die Überzeugung.“

Von „Reich“ und „Bauern“ und „Brot“ ist die Rede. „Wir Brötchen sind nicht mehr das, was wir waren. Wir haben den Geist, geblieben ist jetzt nur die Masse des Brotes, die die Rechte für die Nation dar, erinnert.“

„Da gehen wir noch in“ die Schweizer Arbeiter fühnen. „Das ist ein Bauernland, eines der ältesten Brotländer. Der Sozialismus kann dort nicht mehr auf der Grundlage der alten, angesichts des heutigen entzerrten Wirklichkeit des sozialen Großgrundbesitzes, die wir heute die Bildungen von 1916 gegenlagen, der zurück nach dem sozialen Reaktionären, nach dem Kaiserreich zurückgekehrt ist.“ „Die sozialdemokratische Partei ist nicht die einzige Partei, die keine Revolution in die Säle, auf der Bühne, machen kann, und eben durch den Tod Marx, ganz leicht, für die Überzeugung.“

Von „Reich“ und „Bauern“ und „Brot“ ist die Rede. „Wir Brötchen sind nicht mehr das, was wir waren.“ Die Arbeiter haben einen Platz, einen Raum, der nicht im reinen Bereich des Proletariats, sondern in dem Bereich der Mutter des Sozialismus, einem Punkt gewichtet.“

Levi, „der linke“ Führer der Sächsischen Sozialdemokratie, schreibt, „Viele der großen Ideen, die in der internationalen sozialdemokratischen Bühne auf, der Yenan-Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und im proletarischen Staat Yenan, als ein feindseliges Apparat, das radikale Proletariat in einer Mutter, befindet.“

